

02.09.2019

Rathaus: Verwaltung startet Variantendiskussion

Ludwigshafens Rathaus ist stark sanierungsbedürftig. Ein externes Fachbüro hat im Auftrag der Stadt ermittelt, welche wirtschaftlichen und nachhaltigen Optionen es für das Verwaltungsgebäude aus dem Jahr 1979 gibt. Erste Ergebnisse einer weitergehenden Analyse hat die Verwaltung dem Hauptausschuss am heutigen Montag vorgelegt. "Wir möchten nun eine offene Variantendiskussion in den politischen Gremien anstoßen, die in eine Grundsatzentscheidung münden soll", erklärt Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck. Auch eine Informationsveranstaltung für Bürger*innen werde es geben.

Nach der Untersuchung von verschiedenen Varianten, die von der Sanierung des bestehenden Turms bis zum Neubau an einem anderen Ort reichen, werden vor allem zwei Varianten näher erörtert: die tatsächliche Sanierung des Turmes, der dann durch ein weiteres Hochhaus und einen Sockelbau ergänzt werden würde, sowie der Abriss des alten Rathauses und ein Neubau an gleicher Stelle.

Aus Sicht der Stadtverwaltung sind neben der wirtschaftlichen Betrachtung vor allem Aspekte der Nachhaltigkeit, der Funktionalität und der Kundenorientierung zu berücksichtigen. Denn zurzeit sind die Bereiche der Stadtverwaltung in vielen Gebäuden innerhalb des Stadtgebiets untergebracht, was für Bürger*innen und Mitarbeiter*innen teilweise mit weiten Wegen verbunden ist. Auf Zentralität und eine räumlich bürgernahe Ausgestaltung der Verwaltungsservices wurde bei der Entwicklung von Lösungsvarianten daher ein besonderes Augenmerk gerichtet. Zudem hat das Fachbüro Überlegungen zur städtebaulichen Integration angestellt. Aus wirtschaftlicher Sicht sind die Kosten für beide Varianten annähernd gleich. Hier werden Einsparungen greifen, da die Kosten für Unterhalt und Miete der vielen dezentralen Büros und Außenstellen entfallen. Beide Varianten bieten Platz für rund 1570 Arbeitsplätze, unterscheiden sich jedoch hinsichtlich Flächen, aber auch den Möglichkeiten für ein effizientes Raumprogramm. Auch entsprechende Parkplätze sind vorgesehen. Sowohl Sanierung als auch Neubau wären voraussichtlich 2030 fertiggestellt.

Die Varianten, ein neues Rathaus an einem anderen Ort im Stadtgebiet zu bauen, wurden als weniger empfehlenswert bewertet, unter anderem, weil neben den Baukosten auch noch der Preis für den Grunderwerb berücksichtigt werden müsse. Zudem gilt als fraglich, ob geeignete Flächen zur Verfügung stehen.

"Wir stehen am Anfang einer Diskussion. Hierfür wurden mit Hilfe externer Beratung auf der Grundlage qualitativer Kriterien Lösungsmöglichkeiten hinsichtlich Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Funktionalität bewertet. In den stadträtlichen Gremien muss erörtert werden, ob unsere Grundannahmen wie Zentralität und Bürgernähe mitgetragen werden, welche Argumente eher für eine Sanierung oder einen Neubau sprechen und wie die Standortfrage bewertet wird. Daher werden die Ergebnisse nun weiter politisch und in den Gremien besprochen und gegebenenfalls ergänzende Untersuchungen vorgenommen", erläutert OB Steinruck das Verfahren. Am Ende soll eine Grundsatzentscheidung des Stadtrates stehen, welche Variante zum Zug kommen soll. Die Stadtverwaltung wird auch die Bürgerschaft in die Diskussion einbinden und zu einer Informationsveranstaltung einladen.